Nr. 103
September 2022

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

„Sicherheit geben. Chancen schaffen." – das ist unsere Botschaft aus der Fraktionsklausur, zu der wir uns zum Ende der parlamentarischen Sommerpause in Dresden getroffen haben. Wir wissen, dass der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft dringend notwendig ist. Und das bietet Chancen! In Dresden konnte ich mir mit einem Teil der Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel ein innovatives Carbon-Beton-Haus anschauen. Es zeigt, wie eine CO2-arme Bauweise der Zukunft aussehen könnte. Solche neuen Standorte der Transformation machen Hoffnung gerade in solchen Regionen, die zum Beispiel durch das Ende des Tagebaus und durch hohe Abwanderungsquoten belastet sind. Als Fraktion haben wir bei unserer Klausur konkrete Antworten auf kommende Herausforderungen besprochen. Denn wir wollen den Wandel sozial gestalten, die Chancen der Transformation nutzen und eine gerechte Finanzierung sicherstellen.

Und natürlich ging es bei unserer Klausur auch um die akuten Herausforderungen, wie wir der Energiekrise begegnen und die Menschen im Land sozial gerecht unterstützen können, damit sie von den schweren Auswirkungen der Inflation nicht überfordert werden. Unsere Beschlüsse wurden direkt von der Klausur in die Verhandlungen mit unseren Koalitionspartnern getragen. Mit den vielen vereinbarten Maßnahmen wurde ein gutes Paket geschnürt (s. S. 2). Aber ich bin mir bewusst: Es wird noch mehr folgen müssen. Auch Krankenhäuser, Pflege- und andere soziale Einrichtungen werden wie kleine energieintensive Betriebe (wie beispielsweise Bäckereien) die massiven Preissteigerungen nicht allein stemmen können.

Je mehr wir uns dem Winter nähern, je häufiger Putin versucht, Energielieferungen als Druckmittel zu nutzen, je häufiger Gaslieferungen angeblich wegen Reparaturarbeiten ausgesetzt werden „müssen", desto klarer zeigt sich, wie ernst die Lage ist. Rufe nach einer Inbetriebnahme von North Stream 2 sind völlig verfehlt. Sie wäre ohnehin wirkungslos, wenn schon Lieferungen über North Stream 1 von russischer Seite verhindert werden. Gleichzeitig bewährt sich in diesen Krisenzeiten die Besonnenheit, die unser Kanzler an den Tag legt. Ginge es nach der Union, wären bereits im Februar alle Gaslieferungen eingestellt und damit die Energiekrise beschleunigt und verschärft worden. Statt panisch zu reagieren, ist es richtig, Kurs zu halten und den Schulterschluss der demokratischen Staaten zu bewahren: Sowohl Sanktionen gegen die russische Regierung, als auch Maßnahmen zur Stabilisierung der Inflation und Überwindung der Energiekrise – unsere Regierung handelt wohlüberlegt und in enger Absprache mit unseren europäischen und internationalen Partnern.

Dabei müssen Energiesicherheit und Klimaschutz so gut es geht unter einen Hut gebracht werden. Die dramatische Situation, die der russische Angriffskrieg verursacht hat, zeigt uns, dass wir langfristig denken und strukturelle Weichenstellungen vornehmen müssen. Internationaler Schulterschluss, Solidarischer Ausgleich und nachhaltiger und ökologischer Strukturwandel sind die Wegweiser dieser Zeit.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Gemeinsam durch die Krise

Der russische Angriffskrieg verursacht steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten. Viele Menschen sehen die rasanten Preisentwicklungen – vor allem im Energiebereich – mit Sorge oder gar Angst. Mit einem dritten Entlastungspaket wollen wir die größten Härten abfedern und vor finanzieller Überlastung schützen. Niemand darf seine Wohnung verlieren oder den Strom abgestellt bekommen, weil er die hohen Preise nicht zahlen kann. Diejenigen, die mit niedrigeren Einkommen besonders unter der Inflation leiden, müssen wir gezielt unterstützen. Diejenigen, die bisher Profit aus der Krise schlagen, müssen in besonderem Maße dazu beitragen, Lasten zu tragen. Das ist uns als SPD ein wichtiges Anliegen.

Deshalb war es wichtig, nicht nur Erleichterungen über die Einkommenssteuer zu schaffen, sondern für niedrige Einkommen auch über die Sozialversicherungsabgaben – denn bei kleinen Einkommen ist der Steuerbetrag ohnehin niedrig und der Entlastungseffekt wäre geringer. Auch die Erhöhung des Wohngelds kommt gerade denjenigen Menschen zugute, die nicht so viel verdienen, dass sie die höheren Kosten einfach wegstecken können.

Gleichzeitig wird ein Grundbedarf beim Stromverbrauch preislich gedeckelt. Das heißt, dass alle die Menge an Strom zu bezahlbaren Preisen bekommen, die zum Leben notwendig ist – aber niemand Entlastungen dafür erhält, dass er einen Pool beheizt oder ein Heimkino betreibt. Das ist sozial gerecht und setzt gleichzeitig den Anreiz, weniger Strom zu verbrauchen.

Um das zu finanzieren, sollen Energieunternehmen ihren fairen Beitrag leisten: Zufallsgewinne, die sie aktuell aufgrund der Weltlage machen, wollen wir abschöpfen – wenn möglich in Einklang mit unseren europäischen Partnern, wenn nötig aber auch alleine. Denn es kann nicht sein, dass Unternehmen so übermäßig von einer Krisensituation profitieren, die viele Menschen in Existenzängste stürzt. Gewinne durch hohe Energiepreise müssen solidarisch genutzt werden, um die Krise gut zu überstehen.

Deutschland steht zusammen.

Das ist drin im dritten Entlastungspaket:

- **Strompreisbremse** deckelt den Preis für den Grundbedarf.
- 300 Euro Energiepreispauschale für **Rentner:innen**, 200 Euro für **Studierende und Fachschüler:innen**.
- Einkommensteuer-Entlastung für **kleine und mittlere Einkommen**.
- **Kindergeld und Kinderzuschlag** steigen
- **Große Wohngeldreform**: kurzfristig erneuter Heizkostenzuschuss, dauerhaft mehr Berechtigte
- 1,5 Milliarden für günstige und bundesweit gültige **Nachfolge für das 9-Euro-Ticket**
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber **Einmalzahlungen** vereinbaren, sind diese bis 3000 Euro **steuer- und abgabenfrei**
- **Verbesserter Schutz für Mieter:innen**, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können, Verhinderung von Strom- und Gassperren

SPD
Fraktion im Bundestag

Alle Maßnahmen kann man ausführlich beschrieben unter https://www.spdfraktion.de/themen/neuen-entlastungen nachlesen.

Gut vorbereitet in den Herbst

Glücklicherweise sinken aktuell die Infektionszahlen, dennoch gilt es, Vorsorge für die kältere Jahreszeit zu treffen – das ist für uns als SPD-Bundestagsfraktion ganz klar. Deshalb haben wir die Instrumente bereitgestellt, um möglichst einen schweren Pandemieherbst zu vermeiden. Mir gefällt dafür das Bild der Winterreifen und der Schneeketten gut: Winterreifen nutzt man von Oktober bis Ostern und solange die Straßen frei sind, legt niemand Schneeketten an. Aber wenn wir im tiefen Winter in die Berge fahren, sollten sie im Kofferraum liegen. Darum macht ein gestuftes Verfahren auch beim Schutz vor Corona Sinn.

Eine Impfung entsprechend den Regeln und Empfehlungen der Stiko bietet auf jeden Fall einen hohen Schutz vor schwerer Erkrankung – das sollte inzwischen jedem klar sein. Aber auch vor Ansteckung sollten wir uns gegenseitig bestmöglich schützen.

Dass es in der Koalition sehr unterschiedliche Auffassungen zu verantwortungsvoller Pandemiepolitik gibt, ist kein Geheimnis. Dennoch haben wir einen vertretbaren Kompromiss erreicht, der einen Grundschutz – die Winterreifen – vorsieht mit mehreren einheitlich geltenden Regelungen auf Bundesebene und niedrigschwelligen Optionen für die Länder. Darüber hinaus erhalten die Länder im Rahmen ihrer Kompetenzen weiterreichende Instrumente – die Schneeketten –, um auf mögliche schwerwiegendere Infektionssituationen reagieren und die Menschen in besonders betroffenen Gebieten gut schützen zu können.

Wir sind dem Koalitionspartner FDP entgegen gekommen und haben auf die Maskenpflicht im Flugzeug verzichtet. Sollte sich die Infektionslage aber dramatisch verändern, kann sie ohne große Hürden wieder eingeführt werden. Auch die Maskenpflicht in Arztpraxen war ein umstrittener Punkt. Während die Maske in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern seit langem zur Selbstverständlichkeit geworden sind, um vulnerable Menschen zu schützen, hat die organisierte Ärzteschaft sich aus mir unverständlichen Gründen dagegen gewandt, dass auch in Arztpraxen Maskenpflicht besteht. Die FDP hat sich diese fragwürdige Haltung zu Eigen gemacht und bis zuletzt versucht, sie durchzusetzen. Nun aber gilt ab Oktober, dass Patient:innen und Besucher:innen in allen Einrichtungen der medizinischen Versorgung eine FFP2-Maske zu tragen haben, während es Ärzten und ihren Angestellten freigestellt ist, Masken zu nutzen. Wieder einmal zeigt sich das fragwürdige Freiheitsverständnis der FDP, denn im Gegensatz zu Flugreisen kann sich niemand aussuchen, ob er sich in medizinische Einrichtungen begeben will oder nicht. Erst recht nicht die vulnerablen Gruppen, die immer auch auf die Rücksicht und Solidarität anderer angewiesen sind, um sich bestmöglich zu schützen.

Auch im Fernverkehr, wo tendenziell längere Strecken zurückgelegt werden, wird die Maskenpflicht weiter gelten. Für den Nahverkehr, für weitere öffentliche Einrichtungen oder Branchen können Länder eine Maskenpflicht verhängen, wenn sie es für sinnvoll halten. Diese Maßnahmen haben bekanntermaßen eine große Wirkung bei einem sehr geringen Grad der Einschränkung. Sie schützen individuell und gleichzeitig die gesamte Gesellschaft durch die Verminderung von Ansteckungen. Testvorgaben für Pflegeeinrichtungen und Gruppenunterkünfte tragen dazu bei, Infektionsausbrüche dort zu verhindern, wo sie sich in der Vergangenheit leicht ausgebreitet haben.

Die Länder können darüber hinaus – bei drohender Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur – Hygienekonzepte, Abstandsgebote oder auch Personenobergrenzen für Innenräume festlegen. Schulschließungen und Lockdowns sind keine Option mehr in dem nun beschlossenen Instrumentenkasten, der auch klar zeitlich begrenzt ist: bis zum 7.4. 2023. Damit haben wir eine maßvolle, angemessene und nachvollziehbare Strategie beschlossen, die uns hoffentlich gut durch den Winter führen wird.

Unterwegs im Landkreis

Schöne Gespräche

Auch in der Parlamentarischen Sommerpause hatte ich viele spannende Termine und gute Begegnungen im Landkreis. Viel Gesprächsstoff gab's zum Beispiel im August beim Sommerstammtisch der SPD **Geislingen** im schönen Café „Le Petit Bonheur" in der Fußgängerzone —und wunderbare Leckereien noch dazu!

Gute Ausstattung

Gekommen, um den neuen MZGW – Mehrzweckgerätewagen – für die Fachgruppe N des THW **Gruibingen** anzuschauen, bekam ich gleich drei neue Fahrzeuge vorgestellt. Ganz besonders habe ich mich gefreut, dass ich den Helfern, die im letzten Jahr fünf Wochen lang im Ahrtal im Einsatz waren, die Dank- und Anerkennungsurkunden überreichen durfte.

Faszinierende Frauen

Diese sehr beeindruckende Urban-Art-Ausstellung von Patrizia Casagranda konnte ich im Neu West Berlin Depot **Albershausen** gemeinsam mit Bürgermeister Jochen Bidlingmaier im bewundern.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

Bei unserer Klausurtagung in Dresden haben wir klargemacht: Nur mit Zusammenhalt und breiter Solidarität kommen wir gut durch den Winter.

Termine

Dienstag, 13. September
10:00 Uhr
Austausch mit der Deutschen Rentenversicherung Göppingen

14:30 Uhr
„Wie kommen wir gut durch den Coronaherbst und -winter?“
IG-Metall Senioren Göppingen

Donnerstag, 15. September
10:00 Uhr
Gespräch mit Winfried Plötze, Landesgeschäftsführer der BARMER Landesvertretung Baden-Württemberg

13:30 Uhr
Gespräch mit der Geschäftsleitung der Vinzenz von Paul gGmbH

19:30 Uhr
„Gesundheitspolitik im Bund“
Veranstaltung beim SPD-Ortsverein Köngen und der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen
BurgForum Köngen

Freitag, 16. September
Besuch Kreistag des Landkreis Göppingen in Berlin

Montag, 19. bis Freitag 30. September
Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de
heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 9. September 2022, 10 Uhr